



Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Masterplan Geothermie unverzüglich ausgestalten und umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich den Masterplan Geothermie für Bayern umzusetzen und dabei insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

- umgehend ein detailliertes Konzept für den Ausbau der Geothermie in Bayern auszuarbeiten und dabei alle relevanten Akteure (Kommunen, Geothermie-Allianz Bayern, Energieversorgern etc.) einzubeziehen,
- eine strategische Förderung des Verbundleitungsausbaus und von Fündigkeitsbohrungen sicherzustellen, um das Potenzial der Tiefengeothermie optimal zu nutzen und Anfangsinvestitionen zu reduzieren,
- ein Bürgerschaftsprogramm für Kommunen einzurichten, um notwendige Investitionen in Geothermie in den Kommunen abzusichern und dessen beihilferechtliche Umsetzung sicherzustellen,
- die angekündigten Mittel zur Geothermie-Forschung insbesondere für die Identifikation und Untersuchung von Explorationsgebieten in geringdurchlässigen Gesteinen in Nordbayern zu verwenden und diese mit einer ökologischen Folgenabschätzung zur petrothermalen Geothermie zu verknüpfen,
- die Beschleunigung von Genehmigungsprozessen unter Einbeziehung der Behörden für Berg-, Bau- und Wasserrecht zu forcieren,
- im Entwurf des Haushaltsplans 2023 ausreichend Mittel – mindestens allerdings in Höhe von 100 Mio. Euro – für einen beschleunigten Ausbau der Geothermie einzuplanen.

Begründung:

2019 hat die Staatsregierung verkündet, dass sie einen Masterplan Geothermie auf den Weg gebracht hat. Auf Nachfrage wurde in den letzten Jahren jedoch lediglich auf wenige Eckpunkte im Aktionsprogramm Energie von November 2019 verwiesen¹. Drei Jahre später und zwei Jahre nach Fertigstellung wurde das vom Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie in Auftrag gegebene Gutachten „Bewertung

¹ https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/publikationen/pdf/2021-01-26_Energieprogramm_2019_RZ-BF.pdf

Masterplan Geothermie² Ende Oktober 2022 veröffentlicht. Nennenswerte Maßnahmen wurden im Bereich Geothermie in dieser Zeit auf Landesebene nicht in die Wege geleitet. Wichtige Zeit ist damit bei der Umstellung auf eine klimafreundliche Wärmeversorgung verloren gegangen – damit setzen sich die CSU-Fraktion und die Fraktion FREIE WÄHLER in Widerspruch zu ihrem selbstgesetzten Ziel, bis 2040 Klimaneutralität erreichen zu wollen. Denn rund 30 Prozent der CO₂-Emissionen Bayerns entfallen laut Gutachten auf den Gebäudesektor, wovon der überwiegende Anteil der Emissionen auf die Bereitstellung von Warmwasser und Raumwärme zurückzuführen ist. Süddeutschland hat mit dem Molassebecken ein besonders hohes Geothermie-Potenzial.

Zunächst gilt es, unverzüglich auf Basis des Gutachtens ein detailliertes Konzept auszuarbeiten. Um den Ausbau der Geothermie strategisch voranzutreiben – und damit auch sicherzustellen, dass das Potenzial optimal genutzt werden kann – bedarf es eines Gesamtkonzepts. Es ist Aufgabe der Regierungskoalition, diese Koordinierungs- und Steuerungsaufgabe unter Einbezug der relevanten Akteure wahrzunehmen.

Zwei Kernempfehlungen des Gutachtens betreffen den Ausbau von Verbundleitungen und die Stärkung der Forschung im Bereich von EGS (Enhanced Geothermal Systems). Letzteres insbesondere, um Geothermie auch in Nordbayern nutzbar zu machen.

Laut Gutachten ist „bei angestrebter Grundlastdeckung durch den Verbundleitungsbau eine Steigerung der geförderten Energiemenge um ein Drittel“ möglich. Die jährlichen Projektkosten würden hingegen nur um 11 Prozent steigen. Sowohl aus ökonomischer als auch ökologischer Perspektive sind Verbundleitungen zur Nutzung des Geothermiepotenzials attraktiv. Gleichwohl gibt es für kommunenübergreifende Verbundleitungen zum Transport grüner Fernwärme keine angemessenen landeseigenen Förderprogramme.

Genau hier sollte die Staatsregierung ansetzen, denn Tiefengeothermie wird für Kommunen oder Investoren dann wirtschaftlich attraktiv, wenn die Anfangsinvestitionen, insbesondere für Bohrung, Netzausbau und Verbundleitungen geringer werden und gesellschaftlich mitgetragen werden können. Die 10 Mio. Euro, die die Staatsregierung für den Entwurf des Haushaltsplans 2023 angekündigt hat, reichen nicht aus und sind nach Äußerungen der Staatsregierung auch nicht dafür vorgesehen.

Um Tiefengeothermie auch in geringdurchlässigen Gesteinen im Norden nutzbar zu machen, sollten laut Gutachten zudem finanzielle Mittel für die Identifikation und Untersuchung von Vorkommen sowie die Durchführung eines wissenschaftlich begleiteten EGS-Pilotprojektes aufgebracht werden. Diese müssen aus Sicht der SPD-Fraktion auch eine ökologische Folgenabschätzung der petrothermalen Geothermie umfassen.

² <https://geothermie-allianz.de/wp-content/uploads/2022/09/Gutachten-Masterplan-Geothermie-Bayern.pdf>